

Ausgabe 08/2017



Interessierte Bürgerinnen und Bürger können den Newsletter im Wahlkreisbüro von Svenja Stadler (siehe Impressum) zum regelmäßigen Bezug per E-Mail bestellen.

„Stadler im Gespräch“ in Maschen

Auf angeregte Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern aus Seevetal bei „Stadler im Gespräch“ freut sich die Abgeordnete am Dienstag, 4. Juli 2017, um 19.30 Uhr im Dorfhaus Maschen, Schulstraße 55. Der Termin ist für alle offen!

Bund-Länder-Finzen

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

langsam neigt sich die Legislaturperiode dem Ende zu - und zugleich hatte es die vergangene Sitzungswoche noch einmal in sich: die Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen samt der Infrastrukturgesellschaft oder die Auseinandersetzung mit der Türkei über die Stationierung der Bundeswehr in Incirlik waren nur zwei der zahlreichen Themen, die mich sehr beschäftigt haben.

Viele Gedanken habe ich mir auch um das Paket zur Neuordnung der Bund-Länder-Finzen gemacht. Es ist uns als SPD-Fraktion gelungen, eine Privatisierung der Autobahnen auszuschließen. Zum anderen sind für mich zwei andere Inhalte des Regelungspaketes ein Grund zur Zustimmung gewesen: die Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses, von der fast eine Million alleinerziehender Eltern und ihrer Kinder profitieren werden sowie das Aufbrechen des Kooperationsverbotes im Bildungsbereich.

Was den Umgang mit der Türkei betrifft, bin ich gegen falsche Kompromisse. Natürlich müssen wir weiterhin miteinander sprechen und dürfen die Kontakte nicht abbrechen lassen. Aber auch Gespräche können nur dann etwas bewirken, wenn man eine klare Position vertritt. Eine Parlamentsarmee, die von Abgeordneten des Parlaments nicht besucht werden kann, ist absurd und ein unhaltbarer Zustand. Daher begrüße ich sehr, dass wir nun endlich Klarheit haben und die Bundeswehr aus Incirlik abzieht.

Der Bund wird hierdurch in die Lage versetzt, zunächst 3,5 Milliarden Euro für Bildungsinvestitionen in finanzschwachen Kommunen bereitzustellen. Ich bin froh über die Auflockerung des Kooperationsverbots. Jetzt kann der Bund endlich dort investieren, wo es am wichtigsten ist – in der Bildung!

Ihre

Was ist eigentlich – eine Parlamentsarmee?

Während des Streits um die Besuchsrechte der Bundestagsabgeordneten bei den in der Türkei stationierten Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten war immer wieder davon die Rede, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee sei. Im Gegensatz zu einer Präsidialarmee (wie etwa in Frankreich) kann eine Parlamentsarmee nur nach Beschluss des Parlaments in einen bewaffneten Aus-

landseinsatz entsendet werden (Parlamentsvorbehalt). Dies soll sicherstellen, dass die demokratische Legitimation und Kontrolle der Armee gestärkt wird und ihr gegenüber ein zusätzlicher Schutz vor Willkür durch Regierungen oder Monarchen etabliert wird. In Deutschland sind der Charakter der Bundeswehr als Parlamentsarmee und die Kompetenzen des Bundes-

tages unter anderem im Grundgesetz verankert. Kontrolle und Überwachung der Einsätze durch die Abgeordneten spielen eine wichtige Rolle. Daher ist die Möglichkeit, die stationierten Soldatinnen und Soldaten zu besuchen, unerlässlich. Selbst nachdem die Abgeordneten den Auslandseinsatz der Bundeswehr beschlossen haben, verfügt das Parlament noch über ein Rückholrecht.

„Wer sich einmischt, kann mitreden“

„Wir müssen den Menschen die Bedeutung politischer Ziele und Entscheidungen besser und verständlicher näherbringen“, sagte Svenja Stadler im Rahmen der alternativen Talkshow der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema Politikverdrossenheit. Die nachvollziehbare Vermittlung von Politik im direkten Austausch sei ihrer Meinung nach die Basis für eine Annäherung an diejenigen, die sich von Politik und Parteien frustriert und wütend abwenden.

Unter der Moderation von Ex-Landesminister Wolfgang Jüttner diskutierten Svenja Stadler, Sophie Röhse vom Buchholzer Jugendrat, Landtagskandidat Martin Gerdau und Demokratieforscher Dr. Matthias Micus mit rund 50 Gästen in der Buchholzer Empore über Gründe für und Strategien gegen Politikverdrossenheit.

Dabei artikulierten sich in den Wortmeldungen des Publikums – sowohl offline im Saal als auch online an den



Svenja Stadler und Martin Gerdau mit Moderator Wolfgang Jüttner (l.).

Computern – viel Skepsis, bisweilen vollkommenes Unverständnis, gegenüber den politischen Akteuren („Wir haben es mit Politikerverdrossenheit zu tun und nicht mit Politikverdrossenheit“). Die Angesprochenen wiesen auf die Komplexität politischer Prozesse und die Notwendigkeit von Kompromissen hin. Die von Micus in seinem Impuls geforderte „konkrete Utopie“ einer Partei sei vor dem Hintergrund der wachsenden Kompliziertheit der Welt kaum möglich, so Jüttner. Aus dem Publikum wurde noch gefragt, warum in Deutschland nicht mehr direkte Demokratie (zum Beispiel durch Volks-

befragungen) stattfinden könne, ob demonstratives Nicht-Wählen nicht eine gute Option sei, um seiner Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen, oder ob bestimmte Medien nicht erst durch gezielte Stimmungsmache ein negatives Politik-Bild fördern würden.

Nicht alle Einwürfe und Anmerkungen konnten ausdiskutiert werden, aber „der Austausch auf dieser Ebene war wichtig und interessant“, resümierte Svenja Stadler. Ihre Vorgängerin Monika Griefahn, unter den Gästen in der Empore, brachte es in einem engagierten Kurz-Plädoyer auf den Punkt: „Mischt euch ein in Politik. Wer sich einmischt, kann mitreden und mitgestalten. Demokratie braucht Engagement!“



Im Visier der Kamera: Sophie Röhse vom Buchholzer Jugendrat. Die Talkshow konnte live im Internet verfolgt werden.

Politik für die Wirtschaft von morgen



Zum alljährlichen Wirtschaftsempfang der SPD-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag konnte Svenja Stadler aus ihrem Wahlkreis jetzt Dr. Andreas Biller (l.), Geschäftsführer der Dr. Loges + Co. GmbH in Winsen sowie das Unternehmerehepaar Frauke Petersen-Hanson und Scott Hanson von der Petersen-Hanson Familienrestaurant KG in Buchholz-Dibbersen begrüßen.

Auf dem Empfang sprach neben Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries unter anderem Hubertus Heil, Wirtschaftsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, über die Politik für die Wirtschaft von morgen.

Keine Steuergelder für Verfassungsfeinde

Eigentlich ist es ein unerträglicher Gedanke: Parteien, die gegen die Demokratie hetzen, die die freiheitliche Grundordnung verachten und extremistisch auftreten - diese Parteien werden auch noch vom Staat finanziert und profitieren von ihm. Das soll sich jetzt ändern. Zwar war das NPD-Verbotsverfahren im Januar vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert, in seinem Urteil wies das Gericht aber darauf hin, dass die Finanzierung der NPD geändert werden könne. Diesem Hinweis folgte der Bundestag und beriet jetzt in erster Lesung das Gesetz zum Ausschluss verfassungsfeindlicher Parteien von der Parteienfinanzierung sowie das

Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 21, Parteien). Alle Parteien werden vom Staat auf

Grundlage des Parteiengesetzes finanziert, auch die NPD, die im Jahr 2015 1,3 Millionen Euro aus der Staatskasse bekam. Nach der Änderung sollen künftig Parteien von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen sein, die nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgerichtet sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Über den Ausschluss entscheidet gemäß Artikel 21 Absatz 4 GG das Bundesverfassungsgericht. Zugleich entfällt damit die steuerliche Begünstigung dieser Parteien und von Zuwendungen an diese Parteien (Artikel 21 Absatz 3 Satz 2 GG). Damit eines zukünftig sicher ist - Kein Steuergeld für Nazis!

#PARTEIENFINANZIERUNG

Kein Steuergeld für Nazis!

SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Grundlage des Parteiengesetzes finanziert, auch die NPD, die im Jahr 2015 1,3 Millionen Euro aus der Staatskasse bekam. Nach der Ände-

Bundessprecher im ökologischen Freiwilligendienst zu Besuch



Die fünf Bundessprecherinnen und Bundessprecher der ökologischen Freiwilligendienstleistenden in Deutschland, Anna Domumanas, Saskia Dietze, Nathan Arns, Jan-Henrik Junge und Aisha Salih besuchten im Rahmen ihrer „Politik-Woche“ den Deutschen Bundestag und sprachen mit Ulrike Bahr (links) und Svenja Stadler (rechts).

Fünf außerordentlich engagierte junge Menschen trafen jetzt im Bundestag auf Svenja Stadler und ihre Kollegin Ulrike Bahr: Die Bundessprecherinnen und Bundessprecher der Freiwilligen im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) sprachen mit den Abgeordneten über ihre Erfahrungen im FÖJ und ihre Forderungen an die Politik. Der Name verrät bereits den Schwerpunkt des Freiwilligendienstes, der jungen Menschen die Möglichkeit gibt, sich ein Jahr in einem Umweltprojekt zu engagieren. „Es ist beeindruckend zu sehen, welches Engagement die Sprecherinnen und Sprecher im FÖJ an den Tag legen“, waren sich Stadler und Bahr einig. „Neben dem Dienst noch ein Sprecheramt zu übernehmen und die Interessen der ca. 3.000 aktiven Freiwilligen bundesweit zu vertreten, ist eine tolle Leistung.“

Abschiebungen nach Afghanistan ausgesetzt

In Folge des furchtbaren Terroranschlags in der Nähe der deutschen Botschaft in Kabul haben die SPD-Abgeordneten im Bundestag eine Aussetzung der Abschiebungen nach Afghanistan durchgesetzt. Außerdem wurde eine Neubewertung der Sicherheitslage in Afghanistan eingefordert. Die Koalition einigte sich auf Druck der SPD auf ein gemeinsames Vorgehen angesichts des Anschlags in Kabul mit 90 Toten und 460 Verletzten. Die Sicherheitslage in Afghanistan wird bis Juli neu bewertet. Bis dahin werden Afghanen nicht mehr dorthin abgeschoben. Svenja Stadler: „Ich bin sehr froh, dass wir eine Aussetzung der Abschiebungen erreichen konnten. Afghanistan ist kein sicheres Land und Abschiebungen dorthin sind in meinen Augen unmenschlich.“

Stadlers Freizeittipps für Familien

Pünktlich zur Sommer- und Feriensaison ist „Nix wie hin!“ fertig geworden, der Familienfreizeitplaner von Svenja Stadler mit Ausflugstipps für den Landkreis Harburg. „Auch wenn mein Planer nicht den Anspruch auf Vollständigkeit erhebt, wollte ich damit doch etwas kreieren, was meiner Erfahrung nach im Landkreis Harburg bislang fehlte: eine gesammelte Übersicht über Ausflugsziele für Familien in unserem Landkreis.“

Nicht zuletzt als Familienpolitikerin war es Svenja Stadler daher ein ganz besonderes Anliegen, „Nix wie hin!“ fertigzustellen. Mit der maßgeblichen Unterstützung der Ortsvereine bereiste die Abgeordnete im vergangenen Sommer in allen zwölf Kommunen und Städten des Landkreises verschiedene Ausflugsziele. Der Kontakt zu den Menschen vor Ort, zu denen, die hinter den tollen Ausflugszielen in der Region stehen, war ein schöner und erwünschter Nebeneffekt der Erkundungs- und Entdeckungstouren. „Glücklicherweise



So sieht er aus: der Familienfreizeitplaner von Svenja Stadler.

spielte fast immer das Wetter mit, und ich bin besonders dankbar, dass man mich, wo ich auch hinkam, in der Idee eines Familienfreizeitplaners äußerst zuvorkommend unterstützte und mir schöne und interes-

sante Einblicke gewährte.“ Da jedes einzelne der 25 vorgestellten Ausflugsziele von Svenja Stadler persönlich aufgesucht wurde, war die Vorarbeit für den Planer nicht gerade unauwändig, die Mühe habe sich aber in jeglicher Hinsicht mehr als gelohnt. Neben durchaus mehr oder weniger allgemein bekannten Freizeitmöglichkeiten steckt in „Nix wie hin!“ für manche hoffentlich auch der ein oder andere Geheimtipp. „Es ist ja nicht das Schlechteste, wenn man auf etwas aufmerksam gemacht wird, das fast vor der eigenen Haustür liegt, was man aus welchen Gründen auch immer – bisher nicht wahrgenommen hatte“, so Stadler.

➔ Wer ein Exemplar des 28-seitigen Familienfreizeitplaners „Nix wie hin!“ haben möchte, sende bitte unter Angabe von Name und Adresse eine Mail an svenja.stadler@bundestag.de oder schreibe an das Wahlkreisbüro Svenja Stadler in der Marktstraße 34 in 21423 Winsen. Stichwort: „Nix wie hin“.

Aufgeschnappt

„Wie die Welt von morgen aussehen wird, hängt in großem Maß von der Einbildungskraft jener ab, die gerade jetzt lesen lernen.“

Astrid Lindgren (1907-2002),
schwedische Schriftstellerin

Impressum

Svenja Stadler, MdB
Marktstraße 34
21423 Winsen
Tel.: (0 41 71) 6 92 90 90
Fax: (0 41 71) 6 92 90 99
Email: svenja.stadler@bundestag.de



Redaktion

Berliner Büro:
M. Delius/S. Tobiassen/
A. Knobloch-Minlend
Wahlkreisbüro:
F. Augustin/L. Ritz/
A. Wolter-Deibele

Deutsch-amerikanische Begegnung

Joseph Kurek, US-Stipendiat im Parlamentarischen Patenschafts-Programm von Bundesregierung und US-Kongress, traf jetzt beim Berlin-Tag im Bundestag auf seine Patenabgeordnete Svenja Stadler. Die hatte ihn bereits im Wahlkreis Anfang Januar in Bendestorf bei seiner Gastfamilie getroffen und kennengelernt: „Josephs gute Deutschkenntnisse waren mir damals schon positiv aufgefallen.“ Das einjähriges Austauschjahr geht jetzt im Juni für Joseph Kurek zu Ende. Dann kehrt er in seine Heimat zurück, wo sich seit seiner Abreise im August 2016 zumindest politisch ja einiges getan hat.

